

# Niederlande

## Einleitung

Seit Jahrhunderten haben die Niederlande dank ihres relativ hohen Wohlstands und ihrer religiösen Toleranz Einwanderer angezogen. Derzeit sind 10,8 Prozent der Bevölkerung Einwanderer, zehn weitere Prozent sind Kinder von Einwanderern.

Die Niederländer waren lange stolz auf ihre Toleranz gegenüber anderen Kulturen und Religionen. Einwanderer der Nachkriegszeit, vor allem ›Gastarbeiter‹ und ihre Familien, wurden zunächst ermutigt, ihre eigene Kultur beizubehalten, selbst nachdem klar wurde, dass sie in den Niederlanden bleiben würden. Der Zugang zur Staatsbürgerschaft war einfach und der Assimilationsdruck gering. In den 1990er Jahren wurde dann aber die deut-



## Hintergrundinformationen

**Hauptstadt**<sup>3</sup>: Amsterdam

**Regierungssitz**: Den Haag

**Amtssprachen**: Niederländisch, Friesisch (regional)

**Fläche**: 41.540 km<sup>2</sup>

**Bevölkerung (2014)**: 16.829.289

**Bevölkerungsdichte (2013)**: 498 Einw./km<sup>2</sup>

**Bevölkerungswachstum (2013)**: +0,3%

**Ausländeranteil an der Gesamtbevölkerung (2013)**: 4,75%

**Anteil der Allochthonen**<sup>4</sup> **an der Gesamtbevölkerung (2014)**: 21,36 % (nicht-westliche<sup>5</sup>: 11,87%)

**Erwerbsquote**<sup>6</sup> (2013): 72,1%

**Arbeitslosenquote**: 8,3% (2013), 6,4% (2012), 5,4% (2011)

**Religionen (2006)**: 27% Katholiken, 17% Protestanten, 6% Muslime, 1% Hindus, 48% ohne Religionszugehörigkeit

lich schlechtere Arbeitsmarktteilnahme von ehemaligen ›Gastarbeitern‹ und – wenngleich in geringerem Ausmaß – Einwanderern aus den ehemaligen niederländischen Kolonien sichtbar. Darüber hinaus deuteten die Schul-schwierigkeiten von Einwandererkindern darauf hin, dass sich der niedrige sozioökonomische Status von einer Generation auf die andere weitervererbte. Fehlende Kenntnisse der niederländischen Sprache und Gesellschaft wurden für die soziale Marginalisierung von Einwanderern verantwortlich gemacht. 1998 führte eine wegweisende Gesetzesreform daher obligatorische Integrationskurse (*Inburgeringscursus*) für Neu-Einwanderer ein. Die Kurse vermitteln seither Kenntnisse der niederländischen Sprache, Kultur und Gesellschaft. Obwohl es kaum belastbare Daten für den Erfolg der Integrationskurse gibt, haben mehrere europäische Länder dieses Instrument übernommen.<sup>1</sup>

Seit der Jahrtausendwende entstand eine aufgeheizte Debatte über den niederländischen Multikulturalismus und die (vermeintlich) geringe Integration der seit langem im Land lebenden Einwanderer und ihrer Kinder.<sup>2</sup> Diese drehte sich um hohe Arbeitslosigkeit und Sozialhilfebezug, mangelhafte schulische Leistungen, räumliche Segregation und hohe Kriminalitätsraten. Dabei wurden kulturelle Unterschiede und geringe Niederländischkenntnisse sowohl als eigenständiges Problem als auch als Ursache sozioökonomischer Nachteile dargestellt.

Die Wahlerfolge rechtspopulistischer Parteien seit 2002 trugen zur Einführung mehrerer restriktiver Gesetze bei. Deren Hauptziel war die Verringerung des Familiennachzugs. Zudem sollten Einwanderer mit Druck zum Niederländisch-Lernen bewegt werden.

Trotz der Einführung dieser Restriktionen ist die niederländische Einwanderungspolitik immer noch vergleichsweise offen, insbesondere im Hinblick auf politische Rechte und die Rechte religiöser Minderheiten. Bei der Arbeitsmarktzulassung von Staatsangehörigen der EU-Beitrittsländer aus Mittel- und Osteuropa folgten die Niederlande einem Mittelweg (siehe unten). Zudem hat die Regierung verschiedene Programme aufgelegt, um hochqualifizierte ausländische Arbeitnehmer anzuwerben und eine ›moderne Migrationspolitik‹ auf den Weg zu bringen.

## Historische Entwicklungen der Ein- und Auswanderung

Das vergleichsweise hohe Maß an Freiheit und Wohlstand in den Niederlanden hat seit Jahrhunderten eine erhebliche Zahl von Einwanderern angezogen. Viele Hugenotten – Protestanten aus Frankreich – und Juden aus Süd- und Osteuropa flohen in die Niederlande. Zwischen 1590 und 1800 betrug der geschätzte Anteil im Ausland Geborener nie weniger als fünf Prozent.<sup>7</sup> Im 19. Jahrhundert nahm dieser Anteil ab und fiel bis 1880 auf etwa zwei Prozent. Seit 1870 verließen mehr Menschen das Land als neue hinzuzogen. Nach dem Zweiten Weltkrieg förderte die Regierung die Auswanderung, da sie befürchtete, dass die hohen Geburtenraten zu hoher Arbeitslosigkeit führen könnten. Während der 1950er Jahre wanderten etwa 350.000 Niederländer aus. Die beliebtesten Ziele waren Kanada und Australien, gefolgt von den USA, Südafrika und Neuseeland.<sup>8</sup>

In den 1960er Jahren überstieg die Einwanderung dann wieder die Auswanderung wobei Menschen aus den (ehemaligen) Kolonien und ›Gastarbeiter‹ den größten Anteil dieser Einwanderung der Nachkriegszeit ausmachten. Als die niederländische Kolonie Indonesien 1945 die Unabhängigkeit ausrief, kamen zwei Gruppen von Migranten in die Niederlande: etwa 300.000 niederländisch-indonesische Rückwanderer und 12.500 Molukker.<sup>9</sup> 1975 erlangte auch Surinam, ein kleines Land nördlich von Brasilien, die Unabhängigkeit. Bis zur Einführung von Visa für Surinamer im Jahr 1980 war bereits fast die Hälfte der Bevölkerung in die Niederlande migriert.

Die Niederländischen Antillen, eine Gruppe kleiner karibischer Inseln, die immer noch Teil des Königreichs der Niederlande sind, bilden einen weiteren bedeutenden Herkunftsraum von Einwanderern. Das Studium in den Niederlanden hat sowohl bei wohlhabenden Surinamern als auch bei wohlhabenden Einwohnern der Antillen lange Tradition. Als sich jedoch in den 1990er Jahren die wirtschaftliche Lage auf den Niederländischen Antillen immer mehr anspannte, entschlossen sich zunehmend auch Menschen aus benachteiligten sozialen Milieus, in das ›Mutterland‹ einzuwandern. Da viele dieser weniger qualifizierten Mig-

ranten in den Niederlanden nicht Fuß fassen konnten, hat es in den letzten Jahren eine zunehmende Rückwanderung auf die Inseln gegeben.

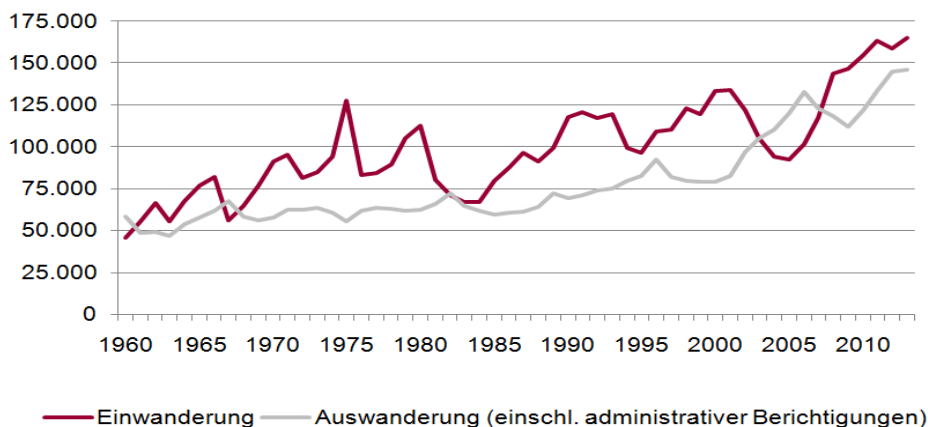
## Nachkriegsmigration

Wie andere westeuropäische Länder, warben auch die Niederlande in den 1960er und 1970er Jahren ausländische Arbeitskräfte (›Gastarbeiter‹) an. Die Niederlande unterzeichneten Abkommen mit Italien (1960), Spanien (1961), Portugal (1963), der Türkei (1964), Griechenland (1967), Marokko (1969), Jugoslawien (1970) und Tunesien (1971). Dabei waren die Türkei, Marokko und Spanien die wichtigsten Herkunftsländer. Die meisten südeuropäischen ›Gastarbeiter‹ kehrten in ihre Herkunftsländer zurück – vor allem, nachdem Spanien und Portugal der EU beigetreten waren. Rückkehrmigration in die Türkei und nach Marokko war dagegen seltener, da die wirtschaftliche und politische Situation in diesen Ländern schwierig blieb und die Wiedereinreise in die Niederlande oder andere EU-Staaten für Drittstaatsangehörige erschwert wurde. Nach dem Anwerbestopp von 1975 holten viele der ausländischen Arbeitskräfte ihre Familien nach. Die Familienzusammenführung erreichte 1980 ihren Höhepunkt. Diese Entwicklung stieß seitens der niederländischen Regierung und Gesellschaft auf Widerstand, nicht zuletzt aufgrund des angespannten Wohnungsmarktes in den Niederlanden. Dennoch wurden zu Beginn der 1980er Jahre die Bestimmungen zum Familiennachzug gelockert. Seit dem Ende der Anwerbung ist die marokko- und türkeistämmige Bevölkerung infolge von Familienzusammenführung, Familiengründung<sup>10</sup> und Geburten stark gewachsen. Zwischen 1975 und 2014 stieg die Zahl der in den Niederlanden lebenden Türkeistämmigen von 55.639 auf 396.414 und die Zahl der Marokkostämmigen von 30.481 auf 374.996.<sup>11</sup>

## Jüngere Entwicklungen der Ein- und Auswanderung

Zwischen 1960 und 2003<sup>12</sup> überstieg die Zahl der Einwanderer die der Auswanderer. Zwischen 2003 und 2007 bedingte ein Rückgang der Einwanderung bei gleichzeitigem Anstieg der Abwanderung einen negativen Wanderungssaldo (vgl. Abbildung 1). Seit 2003 verlassen jährlich mehr als 100.000 Menschen die Niederlande, von denen etwa ein Drittel in den Niederlanden geboren ist. Gebürtige Niederländer ziehen vor allem in die Nachbarländer Deutschland und Belgien sowie in andere europäische Staaten. Der starke Rückgang der Einwanderungszahlen nach 2003 ist vor allem auf sinkende Asylsuchenden- und Familienzusammenführungszahlen zurückzuführen. Der erneute Anstieg seit 2007 ist hingegen das Ergebnis zunehmender Arbeitsmigration. Seit 2010 sind jährlich mehr als 150.000 Menschen in die Niederlande gezogen.

Bis 2007 war Familienmigration mit einem Anteil von beinahe 40 Prozent die dominierende Einwanderungsform.<sup>13</sup> Seit 2007 bilden Arbeitsmigranten die größte Einwanderergruppe. Hintergrund dieser Entwicklung ist die

**Abbildung 1: Ein- und Auswanderung 1960-2013**

Quelle: Niederländische Statistikbehörde (CBS)

Einwanderung aus den mittel- und osteuropäischen Ländern, die in den Jahren 2004 und 2007 der Europäischen Union beigetreten sind. Die Niederlande öffneten ihren Arbeitsmarkt für Arbeitnehmer aus den Beitrittsstaaten von 2004<sup>14</sup> im Jahr 2007. Da Einwanderer aus den EU-Staaten keine Aufenthaltsgenehmigung benötigen und viele von ihnen ihren neuen Wohnsitz in den Niederlanden nicht anmelden - teilweise, weil sie als Saisonarbeiter in der Land- oder Bauwirtschaft arbeiten - ist ihre exakte Zahl nur schwer zu bestimmen. Schätzungen der niederländischen Statistikbehörde CBS zufolge, stieg die Zahl der Migranten aus den neuen Mitgliedsländern von unter 100.000 im Jahr 2007 auf etwa 250.000 im Jahr 2012. Im gleichen Zeitraum stieg die Zahl der Migranten aus den alten Mitgliedstaaten<sup>15</sup> von 335.000 auf 350.000. Polen bilden mit etwa 70 Prozent der Staatsangehörigen der 2004 beigetretenen Staaten die größte Gruppe. Angesichts dieses großen Zuzugs aus den 2004 beigetretenen Staaten erweiterte die niederländische Regierung die Frist zur Gewährung der Arbeitnehmerfreizügigkeit für Rumänen und Bulgaren auf das Maximum von sieben Jahren.<sup>16</sup> Obwohl diese Einschränkung der Freizügigkeit erst 2014 auslief, schätzt die niederländische Statistikbehörde, dass Ende 2012 bereits mehr als 30.000 Menschen aus den beiden Ländern in den Niederlanden lebten.

## Einwanderungspolitik

### Ausländergesetz 2000

Im Jahr 2001 trat das ›Ausländergesetz 2000‹ (*Vreemdelingenwet 2000, Vw 2000*) in Kraft. Mit diesem Gesetz gingen tiefgreifende Änderungen im Asyl- und Flüchtlingsrecht einher (siehe unten). Das Gesetz reagierte damit auf Entwicklungen in den 1990er Jahren. Während dieser Zeit wurde vor allem die steigende Einwanderung zur Familiengründung mit Sorge betrachtet. Einige dieser Eheschlie-

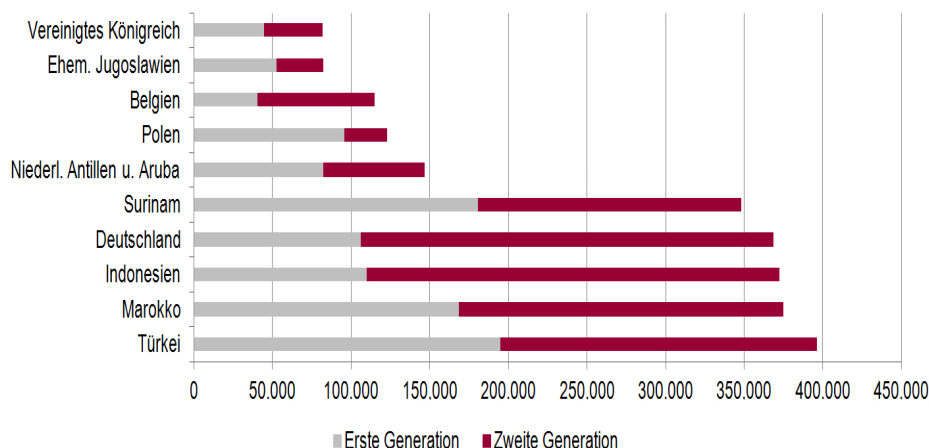
ßungen waren nur vorgetäuscht, um an ein Einreisevisum zu gelangen. Darüber hinaus wurde der hohe Anteil an Kindern von, vor allem marokkanischen und türkischen, Einwanderern diskutiert, die sich Ehepartner aus den Herkunftsländern ihrer Eltern wählten. Da diese häufig gering qualifiziert waren, wurde befürchtet, dass dies die sozioökonomische Marginalisierung verlängere. Daher erhöhte das neue Gesetz die Anforderungen für Heiratsmigration.

So muss ein niederländischer Staatsbürger oder Einwohner der Niederlande, der einen ausländischen Familienangehörigen nachkommen lassen will, mindestens

100 Prozent des minimalen Familieneinkommens<sup>17</sup> verdienen (sogar 120 Prozent im Fall von Einwohnern, die keine unbefristete Aufenthaltserlaubnis haben), einen Arbeitsvertrag mit einer Mindestlaufzeit von einem Jahr besitzen und 21 Jahre oder älter sein. Das Mindestalter von 21 Jahren gilt ebenso für den Ehepartner, der in die Niederlande einwandern möchte. Seit 1998 muss darüber hinaus der Partner, der (noch) kein Einwohner der Niederlande ist, außerhalb des Landes auf die Genehmigung zur Einwanderung warten. Ausgenommen davon sind lediglich Ehepartner aus den USA, Japan, der Schweiz, Australien und Ländern der EU sowie des Europäischen Wirtschaftsraums (Island, Liechtenstein, Norwegen). Diese Ausnahmen basieren auf bilateralen Abkommen, spiegeln allerdings auch die Befürchtung wider, dass Heiratsmigration nur ein Einfallstor für ökonomisch motivierte Migration sei. Schließlich wurde 2004 das verfügbare Mindesteinkommen bei Einwanderung zum Zwecke der Familiengründung auf 120 Prozent des gesetzlichen Mindestlohns angehoben, nach einem Urteil des Europäischen Gerichtshofs 2010 jedoch wieder auf 100 Prozent gesenkt. Dieser hatte geurteilt, dass die Anhebung eine unzulässige Hürde darstelle.<sup>18</sup>

### Gesetz zu Integrationskursen im Ausland

2006 trat das Gesetz zu Integrationskursen im Ausland (*Wet Inburgering Buitenland, Wib*) in Kraft.<sup>19</sup> Wer zur Familiengründung oder -zusammenführung in die Niederlande einreisen will, muss seitdem schon im Herkunftsland einen Sprachtest bestehen, der auch Fragen zur niederländischen Gesellschaft beinhaltet. Auch hiervon sind Bürger der EU- und EWR-Mitgliedstaaten, der Schweiz, Monacos, Australiens, Kanadas, Neuseelands, der Vereinigten Staaten, Japans und Südkoreas ausgenommen. 2011 urteilte der niederländische Verwaltungsgerichtshof, dass aufgrund des Assoziierungsvertrags zwischen der Türkei und der EU auch türkische Staatsbürger und ihre Familienangehörigen von dieser Regel ausgenommen werden müssen.

**Abbildung 2: Umfang der zehn größten Allochthonen-Gruppen 2014**

Quelle: Niederländische Statistikbehörde (CBS)

Zu den Lernmaterialien, die Bewerber kaufen können, um sich auf den Test vorzubereiten, gehört auch das kontrovers diskutierte Video ›In die Niederlande kommen‹. Die darin gezeigten Szenen sich küssender homosexueller Männer und sich ›oben ohne‹ sonnender Frauen seien lediglich zur Abschreckung muslimischer Migranten eingefügt, zumal Homosexualität und freizügiges Sonnenbaden nicht unbedingt zu den wichtigsten Werten der niederländischen Gesellschaft gehörten.

Nach der Erschwerung der Familienmigration fielen die Einreisezahlen zunächst deutlich.<sup>20</sup> Seit 2007 steigen diese wieder, was jedoch vor allem der Zuwanderung aus den neuen EU-Staaten zuzuschreiben ist.<sup>21</sup> Niederländer mit türkischem und marokkanischem Hintergrund finden ihre Ehepartner zudem zunehmend innerhalb der jeweiligen ethnischen Gemeinschaften vor Ort anstatt in den Herkunftsländern ihrer Eltern.<sup>22</sup>

### Bestimmungen für Hochqualifizierte

Parallel zu den Einschränkungen der Familienmigration begann die Regierung, den Zugang für hochqualifizierte Arbeitnehmer zu erleichtern. 2004 wurden besondere Bestimmungen für Spezialisten (auch Wissensarbeiter bzw. engl. knowledge workers genannt) eingeführt. Angestellte von Unternehmen, die eine Vereinbarung mit der Ausländerbehörde haben, können bevorzugt zugelassen werden. Spezialisten sind zudem von verpflichtenden Integrationskursen ausgenommen. Seit 2006 gilt für ausländische Forscher und Mediziner in der Facharztausbildung kein Mindesteinkommen mehr, wenn sie ihren Lebensunterhalt selbst bestreiten können und in einer anerkannten Einrichtung arbeiten. 2007 wurde das Mindesteinkommen für ausländische Absolventen einer niederländischen Hochschule mit einer hochqualifizierten Tätigkeit gesenkt.<sup>23</sup> Zwischen 2008 und 2011 erhielten auf diese Weise 23.390 Spezialisten und 2.400 Ausländer mit niederländischem Hochschulabschluss eine Aufenthaltsgenehmigung. Dagegen war ein Programm, dass Absolventen einer der weltweit

200 besten Universitäten ansprechen sollte<sup>24</sup>, weitgehend erfolglos: Zwischen 2009 und 2012 wurden im Rahmen dieses Programms weniger als 500 Aufenthaltsgenehmigungen vergeben.

## Die Einwandererbevölkerung

### Definitionen: Allochthone und Autochthone

Niederländische Statistiken über die Einwandererbevölkerung orientieren sich an ihrer ethnischen Zugehörigkeit, die nach dem Geburtsland der Eltern bestimmt wird. Dieses wird in den Datenbanken der

Einwohnermeldeämter gespeichert. Die Regierung unterscheidet dabei zwischen *allochthonen* und *autochthonen* Menschen.<sup>25</sup> Als ›autochthon‹ werden ›einheimische Niederländer‹, also Menschen mit zwei in den Niederlanden geborenen Eltern bezeichnet. ›Allochthone‹ haben dagegen mindestens einen im Ausland geborenen Elternteil. Daneben wird innerhalb dieser Gruppe zwischen westlichen und nicht-westlichen Allochthonen unterschieden. Westliche Allochthone sind Menschen, die aus Europa (mit Ausnahme der Türkei), Nordamerika, Ozeanien, Indonesien und Japan stammen; nicht-westliche Allochthone sind Menschen, die aus der Türkei, Afrika, Lateinamerika und den übrigen Teilen Asiens kommen. Viele niederländische Statistiken nutzen diese Unterscheidung zwischen allochthon und autochthon (sowie oftmals noch weitere Aufschlüsselungen einzelner Gruppen nach ihrer unterschiedlichen ethnischen Herkunft). Ein Großteil der statistischen Erhebungen und der daraus resultierenden Forschung konzentriert sich dabei auf die Gruppe der nicht-westlichen Allochthonen, da diese als am stärksten benachteiligte Bevölkerungsgruppe innerhalb der niederländischen Gesellschaft gilt. Daher bezieht sich der Begriff allochthon im alltäglichen Sprachgebrauch vornehmlich auf die nicht-westliche Gruppe der Allochthonen und in den meisten Fällen explizit auf Marokkaner und Türken.

### Zusammensetzung der Bevölkerung

Angesichts der hohen Einbürgerungsraten vieler ethnischer Gruppen, erlaubt das statistische Merkmal ›Allochthone‹ andere Perspektiven als das sonst übliche Merkmal ›Ausländer‹, da auch Personen der zweiten Einwanderergeneration erfasst werden können. 21,4 Prozent der niederländischen Bevölkerung sind allochthon (11,9 Prozent nicht-westlich), 10,8 Prozent sind im Ausland geboren und 4,75 Prozent der Bevölkerung haben keine niederländische Staatsangehörigkeit. Die zehn größten Allochthonen-Gruppen bilden Personen aus den (ehemaligen) Kolonien, den ehemaligen ›Gastarbeiter‹-Ländern sowie

den drei Nachbarländern Belgien, Deutschland und Vereinigtes Königreich (vgl. Abbildung 2). Sie stellen zusammen zwei Drittel der gesamten allochthonen Bevölkerung der Niederlande. 27,4 Prozent der allochthonen Bevölkerung stammt aus den EU-Mitgliedstaaten.

Nach den Daten der niederländischen Statistikbehörde leben Menschen aus 190 verschiedenen Ländern in den Niederlanden.<sup>26</sup>

Menschen aus den ehemaligen niederländischen Kolonien tauchen in der Liste der zehn größten ausländischen Bevölkerungsgruppen<sup>27</sup>

nicht auf, da sie zum Zeitpunkt der Einwanderung meist bereits die niederländische Staatsangehörigkeit besaßen. Dagegen sind in dieser Liste neben den ehemaligen Anwerbeländern Marokko und Türkei mehrere EU-Staaten sowie die USA vertreten (vgl. Abbildung 3).

### Räumliche Verteilung

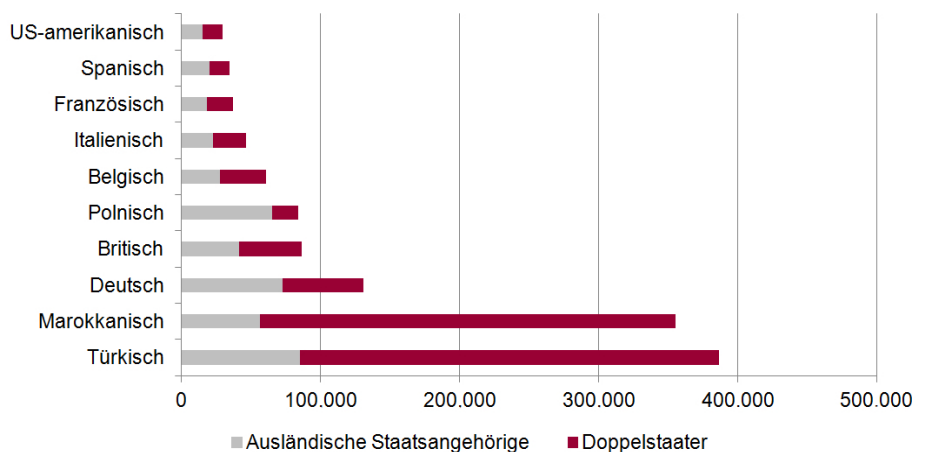
Die Einwandererbevölkerung lebt vorzugsweise in städtischen Gebieten. Beinahe 30 Prozent der Allochthonen (und 38 Prozent aller nicht-westlichen Allochthonen) leben in den vier größten Städten des Landes: Amsterdam, Rotterdam, Den Haag und Utrecht. In diesen leben dagegen nur 8,9 Prozent der autochthonen Bevölkerung. In Amsterdam, Rotterdam und Den Haag machen Allochthone etwa die Hälfte der Bevölkerung aus. Auch einige kleinere Gemeinden weisen einen hohen Anteil einzelner allochthoner Gruppen auf. Dies ist auf die Beschäftigung von ›Gastarbeitern‹ in der umliegenden Industrie zurückzuführen. Innerhalb der Städte gibt es hohe Segregationsraten: Viele Einwanderer leben in Vierteln mit einem geringen Autochthonen-Anteil.<sup>28</sup>

## Integrationspolitik

### 1960–1997: Kultur als Gewinn

Anfänglich waren sowohl die niederländische Regierung als auch viele der angeworbenen ausländischen Arbeitskräfte selbst davon überzeugt, dass ihr Aufenthalt in den Niederlanden nur vorübergehend sei.<sup>29</sup> Aufgrund dieses ›Mythos der Rückkehr‹ wurde es als unnötig empfunden, die Zuwanderer angemessen in die niederländische Gesellschaft zu integrieren. Vielmehr war es das vornehmliche Ziel der Regierung, ihnen möglichst annehmbare Lebensverhältnisse auf Zeit zu schaffen. So konnten ›Gastarbeiter‹ beispielsweise sämtliche regulären Leistungen des Sozialstaates in Anspruch nehmen. Ferner schuf man für sie eigene soziale und kulturelle Einrichtungen. Ihre Kinder konnten speziell für sie eingerichtete Sprachkurse in der

**Abbildung 3: Die zehn größten Ausländergruppen nach Staatsangehörigkeit 2012**



Quelle: Niederländische Statistikbehörde (CBS)

Muttersprache besuchen. Hintergrund all dieser Maßnahmen war das Anliegen, später eine möglichst reibungslose Rückkehr der ausländischen Arbeitskräfte und ihrer Familien in ihre Herkunftsländer zu gewährleisten.

### Ansatz der ›Versäulung‹

Die aktive Unterstützung zur Erhaltung der eigenen Kultur spiegelt das niederländische Prinzip der ›Souveränität im eigenen Kreise‹ wider, das Teil des politischen Ansatzes der ›Versäulung‹ (*verzuiling*) ist. Dieses in den Niederlanden begründete politische System setzte sich in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts durch und basiert auf der Idee, dass jede Glaubensgemeinschaft und später auch politische Gemeinschaften wie die Sozialisten oder die Liberalen eine eigene ›Säule‹ darstellen. Die unterschiedlichen Säulen hatten ausgeklügelte Infrastrukturen, die weite Teile des öffentlichen Lebens umfassten. Jede Säule hatte ihre eigene Gewerkschaft, Zeitungen, Sportvereine, Bestattungsunternehmen und innerhalb der christlichen Säulen auch Schulen.<sup>30</sup> Auch wenn nach dem Zweiten Weltkrieg eine rasche Säkularisierung der Niederlande einsetzte, existieren auch heute noch viele der durch die ›Versäulung‹ geschaffenen Strukturen.

### Multikulturalismus

In den späten 1970er und frühen 1980er Jahren wurde immer deutlicher, dass die Einwanderer auch dauerhaft in den Niederlanden bleiben würden. Es gab außerdem Bedenken angesichts der schwachen sozioökonomischen Position vieler Einwanderer. Die Arbeitslosigkeit unter ihnen war höher als die in der einheimischen niederländischen Bevölkerung und die Kinder von Einwanderern erzielten schlechte schulische Ergebnisse. In den frühen 1980er Jahren wurde die Politik des Multikulturalismus eingeführt, mit dem Ziel, ›die Integration zu gewährleisten und gleichzeitig die Identität der Einwanderer zu wahren‹. Die Beibehaltung der Einwandererkulturen wurde nicht länger

als Mittel gesehen, um eine Rückkehr ins Herkunftsland zu ermöglichen, sondern als Weg zur Emanzipation, ähnlich dem Weg, den die katholische Minderheit in den Jahrzehnten zuvor genommen hatte. Dementsprechend wurde das soziale und kulturelle Zusammenleben der Einwanderer großzügig mit staatlichen Geldern unterstützt: Es gab auf kommunaler und nationaler Ebene Gremien zur Beteiligung ethnischer Minderheiten; Grundschulunterricht in den unterschiedlichen Muttersprachen wurde eingeführt und erste muslimische und hinduistische Schulen wurden eröffnet. Erklärtes Ziel dieser Minderheitenpolitik war es nicht nur, mittels kultureller Aktivitäten die Integration zu fördern, sondern die Gleichheit der Zuwanderer vor dem Gesetz sowie Chancengleichheit auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt und im Bildungssystem zu gewährleisten.

#### *Fokuswechsel in der Integrationspolitik*

In den 1990er Jahren wurde jedoch deutlich, dass die sozioökonomische Position der vier größten nicht-westlichen Einwanderergruppen (Türken, Surinamer, Molukker und Antillianer) schlecht blieb und Jugendliche aus diesen Bevölkerungsgruppen in den Kriminalitätsstatistiken überrepräsentiert waren. Daher wechselte der Fokus der Integrationspolitik von der Wahrung der kulturellen Identität hin zu einer Integration in den Arbeitsmarkt und Chancengleichheit. Der muttersprachliche Unterricht in den Schulen wurde eingeschränkt und war fortan nicht mehr Teil des offiziellen Lehrplans, sondern eine freiwillige Aktivität. Stattdessen wurde dem Erlernen der niederländischen Sprache mehr Gewicht gegeben. Die Veränderungen in der Integrationspolitik waren Teil einer umfassenden Kursänderung der nationalen Politik, dahingehend, künftig staatsbürgerliche Pflichten anstatt Rechte zu betonen. In den 1980er und 1990er Jahren stieg die Zahl der Menschen, die Sozialleistungen empfangen, im Verhältnis zu den Berufstätigen so stark an, dass dies den niederländischen Sozialstaat in eine Krise stürzte. Lebte ein Mensch in schwachen sozioökonomischen Verhältnissen, wurde dies immer weniger mit fehlenden Arbeitsmöglichkeiten begründet, als vielmehr mit einem Mangel an Handlungsbereitschaft auf Seiten des Individuums. Dieses Hervorheben der Eigenverantwortung eines jeden Einzelnen übertrug sich auch auf das Verständnis von Integration. Seit den 1990er Jahren wird mangelnde Integration (und insbesondere mangelnde Sprachkenntnisse) zunehmend durch mangelndes Bemühen seitens der Einwanderer erklärt.

#### **1998-2014: Kultur als Problem**

Bereits 1989 empfahl der Wissenschaftliche Rat für Regierungspolitik (*Wetenschappelijke Raad voor het Regeringsbeleid, WRR*), Sprachkurse für Neuzuwanderer einzuführen, um deren Integration zu fördern. Es dauerte jedoch bis 1998 bis das Gesetz zur staatsbürgerlichen Integration von Neuankömmlingen (*Wet Inburgering Nieuwkomers, WIN*) eingeführt wurde. Das Gesetz verpflichtete alle Neuzuwanderer im Alter von 18-65 Jahren – mit Ausnahme von Studierenden und temporären Arbeitskräften – 600 Stunden Sprach- und Gesellschaftskundekurse zu absolvieren.

Staatsangehörige aus den EU-Mitgliedstaaten und den USA, die nicht zum Zwecke einer Eheschließung oder Familiennachzug einwanderten, waren von dieser Regelung ausgenommen. Die Kurse zielten darauf, Einwanderer dabei zu unterstützen, sich in den Niederlanden zurecht zu finden und sich finanziell selbst tragen zu können. Wenn Einwanderer der Kurspflicht nicht nachkamen, konnten ihnen sozialstaatliche Leistungen gekürzt werden oder sie mit Geldstrafen belegt werden.

Seit seiner Einführung ist das Gesetz zur staatsbürgerlichen Integration mehrfach geändert worden, wobei staatsbürgerliche Integration zunehmend zu einem Mechanismus geworden ist, der dazu dient, Migranten zu disziplinieren. Seit 2007 sind Neuzuwanderer nicht länger dazu verpflichtet, einen Integrationskurs zu absolvieren. Stattdessen müssen sie einen Integrationstest bestehen, um eine dauerhafte Aufenthaltsgenehmigung zu erhalten. Diese Bestimmung gilt nicht für Staatsangehörige der EU, des EWR, der Schweiz und der Türkei. Migranten müssen für jeden Kurs zur Vorbereitung des Integrationstests bezahlen. Sie können zu diesem Zweck Geld vom Staat leihen. 2007 wurde eine Integrationspflicht (*inburgeringsplicht*) für dauerhaft in den Niederlanden lebende Ausländer, die vor 1998 zugewandert sind (*oudkomers*) und die nicht in den Niederlanden zur Schule gegangen sind, eingeführt. Diese erweiterte Pflicht zur Integration zielt hauptsächlich auf Sozialleistungsempfänger und religiöse Führer wie beispielsweise Imame. Der Integrationstest muss innerhalb von fünf Jahren nach Aufforderung durch die Gemeinde abgelegt werden. Wenn der *oudkomer* den Test nicht besteht, kann eine Geldstrafe verhängt werden.

#### *Rechtspopulisten auf dem Vormarsch*

Die in den 1990er Jahren zunehmenden Einschränkungen bei der Familienmigration (siehe oben) und der Druck, die niederländische Sprache zu erlernen, haben sich im Zuge der Erfolge rechtspopulistischer Parteien seit 2002 noch erhöht. Seit den 1980er Jahren hat es in den Niederlanden einwanderungsfeindliche Parteien gegeben. Anfangs war deren Einfluss jedoch marginal. Zwar ärgerten sich viele Niederländer über die ungenügenden Sprachkenntnisse der ehemaligen ›Gastarbeiter‹ und deren Familien sowie die vermeintlich hohe Kriminalitätsrate unter ihren Kindern. Dem schenkten jedoch nur wenige Politiker Aufmerksamkeit.<sup>31</sup> Nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 entwickelte sich in den Niederlanden jedoch ein zunehmend islamfeindliches Klima. Zu dieser Zeit trat ein neuer Politiker auf die öffentliche Bühne: Pim Fortuyn. Bis dahin war er vornehmlich für seine Kolumne in der rechtsgerichteten Zeitschrift *Elsevier* bekannt gewesen. Dort hetzte er gegen Einwanderer und gegen die – wie er sie empfand – zu laxen Politik der Regierung. Anstatt sich an dem vielschichtigen Diskurs der politischen Elite zu beteiligen, traf Fortuyn vorzugsweise waghalsige Aussagen: Er nannte den Islam eine ›rückwärts gerichtete Religion‹ und behauptete, dass die linke Gemeinde die Einwanderer auf Kosten der Einheimischen verwöhnt hätte. Außerdem forderte er die Schließung der niederländischen Grenzen für sämtliche Einwanderer und Flüchtlinge, bis die schon

angesiedelten Einwanderer vollständig in die niederländische Gesellschaft integriert seien. Viele Niederländer empfanden dies als eine willkommene Reaktion auf die Jahre der politischen Korrektheit hinsichtlich der Einwandererthematik und waren der Ansicht, dass Fortuyn nur das aussprach, was viele Menschen schon lange gedacht hatten.

Fortuyns politische Karriere nahm ein tragisches Ende, als er am 6. Mai 2002, eine Woche vor den Parlamentswahlen, von einem Umweltaktivisten ermordet wurde. Bei den Parlamentswahlen erhielt die christdemokratische Partei (*Christen Democratisch Appel, CDA*) die meisten Sitze im Parlament; selbst ohne ihren Vorsitzenden gewann Fortuyns Partei, die *Lijst Pim Fortuyn (LPF)*, jedoch 17,6 Prozent der Stimmen und wurde damit zweitstärkste Kraft. Diese beiden Parteien bildeten zusammen mit der rechtsliberalen Volkspartei für Freiheit und Demokratie (*Volkspartij voor Vrijheid en Democratie, VVD*) eine Koalition, die allerdings nur von kurzer Dauer war. In den Wahlen von 2003 verlor die LPF die meisten ihrer Sitze und trat nach den Wahlen 2006 im Parlament nicht mehr in Erscheinung. Die Stimmung gegenüber Einwanderern und speziell muslimischen Immigranten blieb jedoch angespannt. Im November 2004 ermordete ein junger, extremistisch eingestellter marokkanisch-niederländischer Muslim den Filmemacher Theo van Gogh.<sup>32</sup> Infolgedessen wurden mehrere Brandanschläge auf Moscheen verübt. Im selben Jahr verließ Geert Wilders die VVD im Zuge eines Streits um EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei, in dem er scharf kritisiert wurde, und gründete die Partei für die Freiheit (*Partij voor de Vrijheid, PVV*). Wilders wurde durch seine radikalen Äußerungen gegen Muslime bekannt. So warnte er beispielsweise vor einem ›Tsunami der Islamisierung‹, der auf die Niederlande zusteure, nannte den Koran ein ›faschistisches Buch‹ und schlug eine Steuer für das Tragen von Kopftüchern (*kopvoddentax*) vor. In den Parlamentswahlen 2006 erzielte seine Partei 5,9 Prozent der Stimmen; 2010 dann 15,5 Prozent. Nachdem die Medien die kriminelle Vergangenheit<sup>33</sup> mehrerer neuer Parlamentsmitglieder der PVV aufgedeckt hatten, fiel die Unterstützung für die Partei in den Wahlen 2012 auf 10,1 Prozent. Wilders ist nach wie vor in der niederländischen Politik und den Medien sehr präsent. Politikern anderer Parteien fällt es schwer, mit ihm umzugehen. Wilders äußert weiterhin seine Verachtung des Islam und muslimischer Einwanderer, insbesondere aus Marokko. In den letzten Jahren hat er sich zudem wiederholt gegen die Einwanderung aus den neuen EU-Mitgliedstaaten und der EU allgemein ausgesprochen. Anfang 2012 verkündete die PVV die Einrichtung einer Telefonhotline für Zentral- und Osteuropa (*meldpunt Midden- en Oost-Europeanen*), an die sich die Bevölkerung wenden konnte, um Beschwerden aufgrund von Belästigungen durch Migranten aus Osteuropa einzureichen. Obwohl die Botschaften der betroffenen Länder die Hotline ablehnten, intervenierte die niederländische Regierung nicht. Die Hotline registrierte 40.000 Beschwerden über zentral- und osteuropäische Einwanderer. Gleichzeitig deckte eine Zeitung auf, dass aber auch 135.000 Anrufe bei der Hotline eingingen, die sich über deren Existenz sowie die PVV beschwerten.<sup>34</sup> Die Hotline wurde inzwischen geschlossen.

### Muslimen im Fokus

Die meisten der aktuellen Debatten um Einwanderer und Integration konzentrieren sich auf Muslime. Es gibt weit verbreitete Ängste, dass die Haltung einiger Einwanderergruppen in Bezug auf Geschlechterrollen, die Rechte von Homosexuellen und die Rolle von Religion in der Gesellschaft nicht mit den liberalen Werten der Niederlande vereinbar sind. In der Nachkriegszeit waren kulturelle Zugehörigkeit und kulturelle Unterschiede wichtige Konzepte in politischen Strategien und Debatten zur Integration von Einwanderern. Der Blickwinkel der Gesellschaft auf die unterschiedlichen Kulturen der Einwanderer hat sich jedoch verschoben. Eine andere Kultur ist zu etwas geworden, das der Integration im Wege zu stehen scheint. Integrationskurse sollen dies korrigieren, indem sie Einwanderer dazu animieren, sich in die niederländische Kultur zu assimilieren. Es gibt heute beinahe im gesamten niederländischen Parlament einen Konsens darüber, dass Einwanderer verpflichtet werden können und sollen, Niederländisch zu lernen und bestimmte liberaldemokratische Werte zu respektieren. Anstatt die Kultur der Einwanderer mit öffentlichen Geldern zu fördern, zielt die Politik zunehmend auf die Anpassung der Einwanderer an das, was als niederländische Kultur betrachtet wird. Politische Strategien und der öffentliche Diskurs nehmen Migranten nicht länger als Personen wahr, die Fürsorge und Unterstützung benötigen, um ihre benachteiligte gesellschaftliche Stellung zu überwinden. Stattdessen werden sie sanktioniert, um ein Verhalten zu korrigieren, das als Ursache für ihre eigenen Probleme und die der Gesellschaft verstanden wird.

Trotz dieser Veränderungen in der Rhetorik über die Integration von Einwanderern seit den frühen 2000er Jahren, blieben die Grundzüge der Integrationspolitik zunächst weitgehend unverändert. Es ist weiterhin möglich, religiöse Grundschulen und weiterführende Schulen - islamische Schulen eingeschlossen - einzurichten, die öffentlich bezuschusst werden. Bis 2013 gab es öffentliche Zuschüsse für Rundfunksendungen von religionsbasierten Rundfunkanstalten, die über öffentliche Kanäle ausgestrahlt wurden. 2004 wurden sowohl ein muslimischer (*Contactorgaan Moslims en Overheid, CMO*) als auch ein Chinesischer Rat zur Liste ethnischer Beratungsgremien hinzugefügt, die die Regierung in Einwandererfragen beraten können. Erst 2015 werden die staatlichen Zuschüsse für diese beratenden Gremien und ihre Mitgliedsorganisationen eingestellt.

### Staatsbürgerschaft

Die Staatsbürgerschaftspolitik der Niederlande ist vergleichsweise offen. Seit 1953 erhält die dritte Generation (z.B. Enkel von Einwanderern) von Geburt an die niederländische Staatsangehörigkeit. Im Jahr 1985 führten die Niederlande ein neues Gesetz zur Staatsbürgerschaft ein, welches das bis dahin geltende Gesetz von 1892 ablöste. Dieses neue Gesetz erleichterte das Erlangen der Staatsbürgerschaft für Migranten der zweiten Generation. Beispielsweise können in den Niederlanden geborene Kinder von Einwanderern nun zwischen ihrem 18. und

25. Lebensjahr entscheiden, ob sie die niederländische Staatsbürgerschaft annehmen wollen. In anschließenden Gesetzesänderungen, die 2003 in Kraft traten, wurde die Begrenzung auf diese Altersspanne zwar aufgehoben, aber das Optionsrecht wurde im Falle eines laufenden Ermittlungsverfahrens nur vorbehaltlich des Ermittlungsausgangs eingeräumt.

Einwanderer können sich nach fünfjährigem rechtmäßigem Aufenthalt in den Niederlanden einbürgern lassen, bzw. nach drei Jahren, wenn eine Ehe mit einem niederländischen Staatsangehörigen besteht. Bis zum Jahre 2003 waren die Anforderungen an die Einwanderer äußerst gering: Antragsteller auf Einbürgerung mussten lediglich vorweisen, dass sie keine erheblichen Vorstrafen hatten und einen verhältnismäßig anspruchlosen mündlichen Sprachtest absolvieren, der ihre Niederländischkenntnisse prüfen sollte. Für gewöhnlich beinhaltete dieser Test ein Gespräch mit einem Beamten, welcher den Bewerber darum bat, in niederländischer Sprache Auskunft über seinen Namen, seinen Geburtsort, seine Adresse und das Jahr der Einwanderung zu geben. Diese vergleichsweise niedrigen Anforderungen, die für eine Einbürgerung erfüllt werden mussten, waren von der niederländischen Regierung bewusst gewählt. Die Regierung empfand es als elementar, die rechtliche Gleichstellung von Einwanderern sicherzustellen. Die Gewährung der Staatsbürgerschaft wurde als geeignete Möglichkeit betrachtet, dies zu gewährleisten.<sup>35</sup> Die Einbürgerung wurde darüber hinaus als wichtiger Schritt zur Integration verstanden. In den 1980er und 1990er Jahren organisierte die Regierung immer wieder öffentliche Kampagnen, die Einwanderer ermutigen sollten, sich einbürgern zu lassen.

Auch nicht eingebürgerte Einwanderer, die sich legal in den Niederlanden aufhalten, verfügen über eine Vielzahl von Rechten, die in vielen anderen Ländern nur für Staatsbürger gelten. So dürfen Ausländer seit 1985 im öffentlichen Dienst arbeiten; ausgenommen davon ist lediglich

der Dienst bei Polizei und Militär. Zudem dürfen Einwanderer, die keine niederländischen Staatsbürger sind, nach fünf Jahren rechtmäßigen Aufenthaltes, an Wahlen auf kommunaler Ebene teilnehmen.

### Doppelte Staatsbürgerschaft

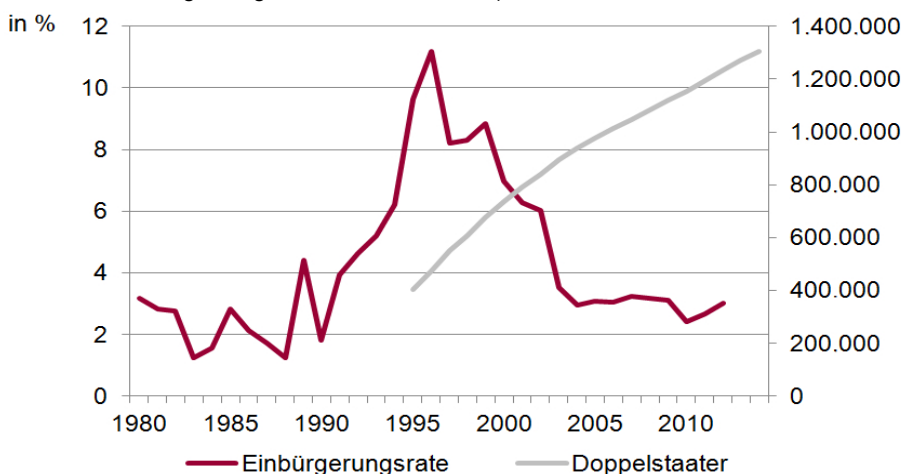
Im Januar 1992 wurde die doppelte Staatsbürgerschaft eingeführt. Dies führte zu einem Anstieg der Einbürgerungsrate. Das Konzept blieb jedoch höchst umstritten und wurde im Oktober 1997 wieder abgeschafft. Infolgedessen sank die Einbürgerungsrate<sup>36</sup> von 10,9 Prozent im Jahr 1996 auf 8,2 Prozent 1998 (vgl. Abbildung 4). Der Zwang zur Aufgabe der alten Staatsangehörigkeit wird zuweilen allerdings nicht sehr konsequent durchgesetzt, es lassen sich zahlreiche Ausnahmen feststellen. So wird Einwanderern auch heute noch häufig die doppelte Staatsbürgerschaft gewährt, was dazu geführt hat, dass die Zahl der Doppelstaater von 600.000 im Jahr 1998 auf 1,3 Millionen 2014 angestiegen ist. Dieser Anstieg geht nicht nur auf anhaltende Ausnahmen vom Zwang zur Aufgabe der alten Staatsangehörigkeit zurück, sondern ist das Ergebnis früherer Politiken. Eltern, die vor der Abschaffung der Regelung zwei Staatsangehörigkeiten besaßen, können diese an ihre Kinder weitervererben.

### Verschärfung des Einbürgerungsrechts

Im Einklang mit der allgemeinen Verschärfung der Integrationspolitik sind auch die Bedingungen, die an eine Einbürgerung geknüpft sind, strenger geworden. Die Gewährung der Staatsangehörigkeit wird nicht mehr als ein Mittel zur Beschleunigung der Integration betrachtet, sondern als Belohnung für Einwanderer, die sich durch eine bereits erfolgreiche Integration als der Staatsbürgerschaft würdig erwiesen haben. Um prüfen zu können, wie erfolgreich sich ein Antragsteller bereits in die Gesellschaft integriert

hat, wurde 2003 ein offizieller Einbürgerungstest eingeführt. Dieses schriftliche Examen testet sowohl die Niederländischkenntnisse des Bewerbers als auch sein Wissen über die niederländische Kultur und Gesellschaft. Die Einführung des Einbürgerungstests hat zu einem Rückgang der Einbürgerungen geführt. 2005 lag die Einbürgerungsrate bei 3,2 Prozent, was im Vergleich zu anderen europäischen Ländern immer noch hoch ist. 2013 lag sie auf einem etwa vergleichbaren Niveau wie 2005. Seit 2007 müssen Personen, die einen Integrationstest bestanden haben, keinen Einbürgerungstest mehr ablegen<sup>37</sup>. 2008 wurden Einbürgerungszereimonien eingeführt. Diese finden am nationalen Einbürgerungstag (15. Dezember) und an anderen von den

**Abbildung 4: Einbürgerungsrate und Zahl der Doppelstaater**  
(einschl. Personen, die bei der Geburt die doppelte Staatsangehörigkeit erworben haben)



Quelle: Niederländische Statistikbehörde (CBS)



Gemeinden festgelegten Tagen statt. Bewerber um die niederländische Staatsangehörigkeit nehmen an diesen Zeremonien teil und erklären ihre Verbundenheit mit den Niederlanden (*verklaring van verbondenheid*).

## Einwandererintegration

Nicht-westliche allochthone Gruppen befinden sich im Allgemeinen in einer benachteiligten sozioökonomischen Position. Obwohl sich die Situation insbesondere für die zweite Generation im Bildungsbereich und auf dem Arbeitsmarkt verbessert hat, gibt es weiterhin Unterschiede im Vergleich zu anderen Bevölkerungsgruppen. Von den vier größten nicht-westlichen Einwanderergruppen sind Marokkaner diejenige Gruppe, die am schlechtesten abschneidet; gleichzeitig zeigt die zweite Generation aber auch die stärksten Verbesserungen im Bildungsbereich. Unter den kleineren Einwanderergruppen sind vor allem Somalier von hoher Arbeitslosigkeit und Abhängigkeit von Sozialleistungen betroffen; die Kriminalitätsrate unter jungen männlichen Somaliern ist hoch.<sup>38</sup> Demgegenüber schneiden Einwanderer aus China und Iran und ihre Kinder sowohl im Bildungssystem als auch auf dem Arbeitsmarkt sehr gut ab.

### Arbeitsmarkt

2012 lag die Arbeitslosigkeit in der erwerbsfähigen nicht-westlichen allochthonen Bevölkerung bei 16 Prozent, verglichen mit fünf Prozent in der autochthonen niederländischen Bevölkerung. Die Arbeitslosigkeit war besonders hoch unter somalischen (37 Prozent), afghanischen (21 Prozent) und irakischen (20 Prozent) Einwanderern. Seit Beginn der Wirtschaftskrise 2008 hat die Arbeitslosigkeit in der Einwandererbevolkerung stärker zugenommen als in der einheimischen niederländischen Bevölkerung.<sup>39</sup> Die Jugendarbeitslosigkeit in der Einwandererbevolkerung liegt bei 28 Prozent, unter 15 bis 24 Jahre alten Marokkostämmigen liegt sie sogar bei 37 Prozent. Diese Differenz kann nur teilweise durch Unterschiede hinsichtlich des Bildungsniveaus und dem Wohngebiet erklärt werden. Stattdessen spielen vermutlich auch Unterschiede in den Strategien bei der Suche nach einem Arbeitsplatz und der Beschaffenheit sozialer Netzwerke eine Rolle.<sup>40</sup> Eine Studie aus dem Jahr 2007 belegt zudem ethnische Diskriminierung durch Arbeitgeber.<sup>41</sup> Dennoch hat der Anteil der Allochthonen, die in höheren beruflichen Positionen arbeiten (sogenannte *Hogere beroepen*, die mindestens einen Bachelorabschluss voraussetzen), zugenommen. Etwa 30 Prozent der zweiten Generation arbeiten in einer höheren beruflichen Stellung und damit fast so viele wie unter einheimischen Niederländern.<sup>42</sup>

### Bildung

Das Bildungsniveau der Einwanderer der zweiten Generation hat sich im Laufe der Zeit gegenüber ihren Eltern deutlich verbessert. Die Ergebnisse im Grundschulbereich

zeigen deutliche Verbesserungen; zunehmend absolviert die zweite Generation auch akademische Ausbildungsgänge, die auf ein Studium an einer Hochschule oder Universität vorbereiten.<sup>43</sup> Insbesondere die zunehmende Aufnahme eines Studiums ist bemerkenswert. 2011 lag der Anteil nicht-westlicher Allochthoner, die eine Hochschul- oder Universitätsausbildung begannen, bei 53 Prozent (2003: 43 Prozent), unter autochthonen Niederländern waren es 58 Prozent (2003: 53 Prozent). Surinam- oder Antillenstämmige Personen schneiden etwa so ab wie autochthone Niederländer. Türkei- und Marokkostämmige Frauen zeigen eine starke Zunahme im Bereich der Hochschulbildungsbeteiligung von 30 Prozent im Jahr 2003 auf fast 50 Prozent 2011. Unter männlichen Türkei- und Marokkostämmigen fiel der Anstieg geringer aus: von 34 auf 37 Prozent bei marokkostämmigen Männern und von 26 auf 39 Prozent bei türkeistämmigen Männern. Dennoch ist der gewachsene Anteil derjenigen, die ein Studium aufnehmen, nur eine Seite der Medaille. Die Abbrecherquoten in weiterführenden Schulen und in der Berufsausbildung sind unter nicht-westlichen Allochthonen weiterhin hoch. Trotz einiger Verbesserungen haben weniger als die Hälfte der 20 bis 35 Jahre alten Türkei- und Marokkostämmigen einen höheren Schul- oder tertiären Bildungsabschluss, der aber als Voraussetzung für den Zugang zum Arbeitsmarkt gilt (*startkwalificatie*). Die Rate der nicht-westlichen Einwanderer, die einen höheren Bildungsabschluss erlangen, liegt unter derjenigen einheimischer Niederländer; von allen, die ihr Studium im Jahr 2003 begannen, erreichten 75 Prozent der einheimischen Studierenden und 60 Prozent der Studierenden mit nicht-westlichem Migrationshintergrund innerhalb von acht Jahren ihren Bachelorabschluss.<sup>44</sup>

### Kriminalität

Die Kriminalitätsraten aller Einwanderergruppen sind rückläufig. Dennoch sind Marokko- und Antillenstämmige Jugendliche in den Kriminalitätsstatistiken weiterhin überrepräsentiert. 65 Prozent der marokkanisch-niederländischen Jungen und 55 Prozent der antillisch-niederländischen Jungen wurden im Alter von 12 bis 23 Jahren bereits einmal festgenommen, verglichen mit 25 Prozent der autochthonen Niederländer.<sup>45</sup> Die hohen Kriminalitätsraten sind immer wieder Thema öffentlicher Debatten. Sie sind nur teilweise auf sozioökonomische Unterschiede zurückzuführen. Auch rassistische Kriterien bei der Erstellung von Täterprofilen (*racial profiling*)<sup>46</sup> spielen eine Rolle.

### Politische Partizipation

Die politische Partizipation von Einwanderern ist in den Niederlanden im Vergleich zu anderen Ländern hoch. Auch wenn der Anteil der Wähler niedriger ist als der unter autochthonen Niederländern, gibt es inzwischen eine erhebliche Zahl allochthoner Politiker. Von den 150 Parlamentsmitgliedern, haben 14 einen nicht-westlichen Einwanderungshintergrund, zumeist einen türkischen. In den Kommunalwahlen im Jahr 2010 wurden 303 Stadträte (drei Prozent) mit Migrationshintergrund gewählt. Auch

wenn sich darin immer noch nicht der prozentuale Anteil der allochthonen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung widerspiegelt, ist es doch im Vergleich zu den Nachbarländern ein gutes Ergebnis. Mehr als die Hälfte der 303 Stadträte waren Türkeistämmige.<sup>47</sup>

## Irreguläre Migration

Schätzungen zufolge hielten sich im Jahr 2009 zwischen 60.667 und 133.624 Einwanderer illegal in den Niederlanden auf.<sup>48</sup> Dies ist ein deutlicher Rückgang gegenüber den 150.000 bis 200.000 Personen ohne Aufenthaltsgenehmigung, die Schätzungen aus den Jahren 1997 bis 2003 zufolge im Land lebten. Irreguläre Einwanderer kommen aus Ländern, mit denen die Niederlande seit langem Migrationsbeziehungen pflegen, wie etwa der Türkei und Marokko, aber auch aus Herkunftsländern von Flüchtlingen und aus Ländern, aus denen erst seit kurzem Arbeitsmigranten in die Niederlande kommen, wie etwa aus der Ukraine oder den Philippinen.<sup>49</sup>

Der Rückgang der aufgegriffenen irregulären Migranten seit 2003 ist zum Teil auf die EU-Erweiterung zurückzuführen; Migranten aus zentral- und osteuropäischen Ländern, die sich zuvor illegal in den Niederlanden aufhielten, genießen jetzt das Recht auf Freizügigkeit.<sup>50</sup> Bis 2004 waren rund ein Drittel der festgenommenen irregulären Migranten Europäer.

In den späten 1990er Jahren gab es eine Vielzahl von Protesten von so genannten ›weißen Illegalen‹ (*witte illegalen*), um ein größeres Bewusstsein für irreguläre Migranten zu schaffen. Als ›weiße Illegalen‹ bezeichnet man Menschen, die ohne rechtmäßigen Aufenthaltsstatus in den Niederlanden leben, aber einem regulären Beruf nachgehen und Steuern zahlen. Mehrere Hundert von ihnen erhielten später eine Aufenthaltserlaubnis. Allerdings wurde die Möglichkeit zur Ausübung eines regulären Berufs für irreguläre Migranten mittels des 1998 eingeführten Verkopplungsgesetzes (*koppelingswet*) stark eingeschränkt. Durch das Gesetz konnten die Datenbanken von verschiedenen Regierungsinstitutionen (wie Stadtverwaltungen, Finanzämter und Einwanderungsbehörden) miteinander verbunden werden. Ziel dieser Maßnahme war es, irreguläre Migranten von öffentlichen Dienstleistungen abzuschneiden und die Vergabe von Sozialversicherungsnummern zu verhindern - Letzteres ist eine der Voraussetzungen, um einem geregelten Beruf nachgehen zu können, Sozialleistungen zu empfangen und Zugang zu Sozialwohnungen zu haben. Eine Ausnahme von diesem Gesetz erlaubt es Kindern unter 18 Jahren, zur Schule zu gehen, und Menschen, die dringend medizinische Behandlung benötigen, einen Arzt aufzusuchen. Weitere Kontrollmaßnahmen sind auf Arbeitgeber ausgerichtet. In Sektoren wie der Landwirtschaft oder der Lebensmittelverarbeitung, in denen traditionell viele irreguläre Arbeiter beschäftigt sind, finden regelmäßig polizeiliche Betriebskontrollen statt. Arbeitgeber, denen die Beschäftigung von irregulären Arbeitern nachgewiesen werden kann, müssen eine Strafe zahlen.

Während der illegale Aufenthalt in den Niederlanden kein Straftatbestand ist, können irreguläre Einwanderer, die von der Polizei gefasst werden, dennoch in Abschiebehaft genommen werden, wenn die Behörden davon ausgehen, dass ihre Abschiebung in naher Zukunft erfolgen kann.

## Flucht und Asyl

Nach dem Zweiten Weltkrieg bestand die erste große Gruppe von Personen, die in den Niederlanden Zuflucht suchten, aus osteuropäischen Soldaten (z.B. aus Polen), die bei der Befreiung der Niederlande mitgewirkt hatten und nun nicht mehr in ihre Herkunftsländer zurückkehren konnten, da diese inzwischen von kommunistischen Regimen beherrscht wurden. Bald darauf folgten ihnen weitere Landsleute, die vor den kommunistischen Regimen flohen, aber auch Flüchtlinge aus anderen Ländern der Welt. Die Niederlande nehmen jährlich im Rahmen eines Resettlement-Programms 500 ausgewählte Flüchtlinge aus UN-Flüchtlingscamps auf. Derzeit bilden Menschen aus Afghanistan, Irak, Iran, Somalia und Bosnien die größten Flüchtlingscommunities in den Niederlanden.

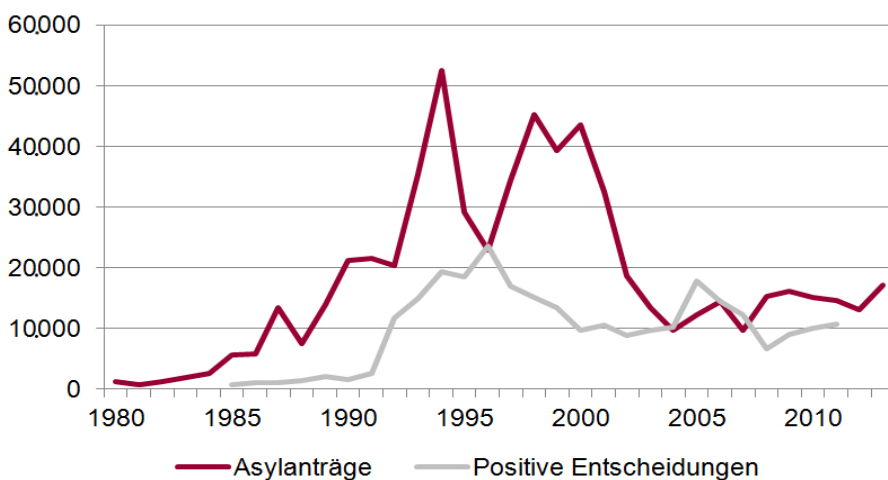
### Zahlen

Über viele Jahre hinweg erreichte eine vergleichsweise hohe Zahl an Asylsuchenden die Niederlande.<sup>51</sup> In der zweiten Hälfte der 1980er Jahre nahm die Zahl der Asylsuchenden schnell zu. Beantragten 1980 noch 1.330 Personen Asyl in den Niederlanden, so waren es 1990 bereits 21.210 Personen. Die gestiegene Zahl der Asylanträge bedeutete aber keinen Anstieg der Zahl der aus humanitären Gründen ausgestellten Aufenthaltsgenehmigungen (vgl. Abbildung 5). Zwischen 1987 und 1996 wurde 40 Prozent der Antragsteller Asyl gewährt. Während der 1980er und 1990er Jahre wurden mehrere Bestimmungen verabschiedet, die Flüchtlinge davon abbringen sollten, in den Niederlanden Asyl zu beantragen. Diese waren jedoch nicht erfolgreich; der Flüchtlingsstrom hielt weiter an und erreichte 1994 mit über 50.000 Asylantragstellern seinen Höhepunkt.

### Gesetzliche Grundlagen

Flüchtlingsschutz und Asyl werden durch das Ausländergesetz aus dem Jahr 2000 geregelt (Vw2000). Demnach kann Asylsuchenden der Flüchtlingsstatus gewährt werden, wenn sie die Kriterien der Genfer Konvention aus humanitären Gründen erfüllen. Gleiches gilt, wenn sie als unselbständiger Partner oder minderjähriges Kind gemeinsam mit oder maximal drei Monate nach einem Hauptasylbewerber geflohen sind.

Um die vorherigen langen Bearbeitungszeiten zu verkürzen, führte das Gesetz ein unmittelbar durchzuführendes Schnellverfahren ein. Dieses stellt sicher, dass innerhalb von 48 Stunden nach Antragstellung eine erste Entscheidung darüber gefällt wird, ob der Antrag zum

**Abbildung 5: Asylanträge und positive Entscheidungen 1980-2013**

Quelle: Niederländische Statistikbehörde (CBS)

Anerkennungsverfahren zugelassen wird oder nicht. Diese Maßnahme soll Asylmissbrauch verhindern.

Solange ihr Asylantrag bearbeitet wird, sind die Asylsuchenden in speziellen Asylbewerberheimen untergebracht, die über das ganze Land verteilt sind. Dort können sie auf die Ergebnisse ihrer Anträge oder Einsprüche gegen die Entscheidung der Behörden warten. Asylsuchende bekommen jede Woche eine geringe finanzielle Unterstützung und dürfen pro Jahr nicht mehr als zwölf Wochen arbeiten.

Nach Inkrafttreten von Vw 2000 sank die Zahl der Asylanträge von 43.560 im Jahr 2000 auf 9.780 im Jahr 2004. Es ist schwer zu sagen, ob dieser Rückgang allein auf die Gesetzesänderungen zurückzuführen ist oder allgemein auf einen Rückgang von Konflikten und wirtschaftlichen Krisen. Seitdem ist die Asylsuchendenzahl wieder angestiegen. Im ersten Halbjahr 2014 wurden so viele Asylanträge gestellt wie zuletzt in den ersten sechs Monaten des Jahres 2001. Flüchtlinge aus Syrien und Eritrea stellten dabei die meisten Anträge auf Asyl.

Personen, denen Flüchtlingsstatus zugesprochen worden ist, erhalten eine Aufenthaltsgenehmigung, die zunächst für ein Jahr befristet ist. Nach fünf Jahren können anerkannte Flüchtlinge eine dauerhafte Aufenthaltsgenehmigung beantragen. Als Voraussetzung dafür müssen sie den staatsbürgerlichen Integrationstest bestehen. Bestehen sie diesen nicht, erhalten sie eine weitere befristete Aufenthaltsgenehmigung. Menschen, die Flüchtlingsstatus erhalten haben, werden über das ganze Land verteilt untergebracht. Dadurch soll zum einen garantiert werden, dass die Kosten für die Flüchtlingsaufnahme gleichmäßig auf die einzelnen Kommunen verteilt werden und zum anderen eine Konzentration von Flüchtlingen an einzelnen Orten verhindert werden. Jede Kommune muss einen bestimmten Anteil ihrer Sozialwohnungen für Flüchtlinge reservieren. Schätzungsweise leben ungefähr zwei Drittel der Flüchtlingsbevölkerung außerhalb der großen städtischen Ballungsgebiete. Dennoch versuchen viele von ihnen früher oder später, in städtische Regionen zu ziehen,

entweder, um mit ihren Landsleuten zusammenzuleben, oder weil sie glauben, dass die Stadt ihnen mehr Möglichkeiten bietet.

### Abschiebung

Lange Zeit hatten die Niederlande kein konsequentes Abschiebungsverfahren für Asylbewerber, deren Antrag auf Asyl abgelehnt worden war. Es war Sache des abgelehnten Bewerbers, das Land in Eigenverantwortung zu verlassen. Viele Menschen kamen dieser Aufforderung jedoch nicht nach und blieben in den Niederlanden. Nach langen Debatten darüber, was mit ihnen geschehen sollte, verabschiedete die Regierung 2007 schließlich ein Amnestiegesetz für Personen, die

vor 2001 ohne Erfolg Asyl beantragt und sich keines Verbrechens schuldig gemacht hatten.<sup>52</sup> Rund 30.000 Personen wurde daraufhin eine Aufenthaltsgenehmigung erteilt.

### Aktuelle Entwicklungen und zukünftige Herausforderungen

Entsprechend der politischen Entwicklungen der letzten 15 Jahre, im Rahmen derer eine erfolgreiche Integration zunehmend Voraussetzung für die Gewährung von Rechten für Einwanderer geworden ist, hat die Regierung kürzlich einen Gesetzesvorschlag vorgelegt, der die Anhebung der Aufenthaltszeit in den Niederlanden, die bei einer Einbürgerung vorausgesetzt wird, von fünf auf sieben Jahre vorsieht. Eine Abstimmung darüber wird für Ende 2014 erwartet. Es gab darüber hinaus auch Debatten über weitere Einschränkungen der Familienmigration. Hier sind allerdings keine Gesetzesänderungen zu erwarten, da diese nicht mit der EU-Richtlinie zur Familienzusammenführung vereinbar wären.

Nicht immer führen Änderungen der Einwanderungspolitik zu mehr Restriktionen. So versucht die Regierung beispielsweise zunehmend, hochqualifizierte Arbeitskräfte anzuwerben. Dazu trat im Juni 2013 das Gesetz über eine moderne Migrationspolitik (*wet Modern Migratiebeleid, MoMi*) in Kraft. Die Niederlande versuchen, für hochqualifizierte Einwanderer attraktiver zu werden, indem sie die Verfahren zur Visa-Vergabe vereinfachen und Absolventen der weltweit besten Universitäten Zuwanderungsmöglichkeiten eröffnen.

### Einwanderungsdebatte: Ein Wendepunkt?

Die Wirtschaftskrise hat das Thema Einwanderung als wichtigstes öffentliches Anliegen abgelöst. Dennoch ist die Integration von Einwanderern weiterhin Thema emotional aufgeladener Debatten. Unter Hinweis auf die Meinungs-

freiheit, äußern sich viele Niederländer in herabsetzender Weise über (muslimische) Einwanderer. Einwanderer und ihre Nachkommen sind der Meinung, dass die gesellschaftliche Akzeptanz von Migranten abgenommen hat.<sup>53</sup> Untersuchungen ergeben, dass die sozialen Kontakte zwischen Einwanderern und gebürtigen Niederländern zwischen 1994 und 2011 abgenommen haben.<sup>54</sup> Unklar bleibt, ob dies auf die wachsende Größe von Einwanderergruppen oder auf eine bewusste Vermeidung des Kontakts zurückzuführen ist. Dennoch gibt es einige Anzeichen dafür, dass die Heftigkeit, mit der das Thema Einwanderung in den letzten Jahren diskutiert wurde, ihren Höhepunkt überschritten hat. Im März 2014 erlebte Geert Wilders einen öffentlichen Rückschlag im Rahmen einer Veranstaltung nach den Kommunalwahlen, bei der er sein Publikum dazu brachte, im Chor die Reduzierung der Zahl marokkanischer Einwanderer in den Niederlanden zu fordern. Zahlreiche Volksvertreter verließen daraufhin demonstrativ die Veranstaltung. Es ist zu früh, um mit Gewissheit zu sagen, ob Wilders' Äußerungen langfristig dazu führen werden, dass seine Partei in der Gunst der Wähler sinkt. Die Antwort der konservativen, populistischen Zeitung *de Telegraaf* auf die Veranstaltung nach den Kommunalwahlen legt jedoch nahe, dass in der Diskussion um Einwanderung ein Wendepunkt erreicht worden ist.<sup>55</sup> Zudem sank in den vergangenen Jahren der Anteil einheimischer Niederländer, die der Ansicht sind, dass zu viele Einwanderer in den Niederlanden leben.<sup>56</sup>

Bildungserfolg und Arbeitsmarktbeteiligung nicht-westlicher Einwanderergruppen haben zugenommen. Trotzdem ist die Bevölkerung nicht-westlicher Herkunft weiterhin weniger erfolgreich als die einheimische niederländische Bevölkerung; dies gilt insbesondere für den Arbeitsmarkt. Die genauen Gründe, warum dies so ist, sind nicht bekannt; allerdings scheint Diskriminierung eine Rolle zu spielen. Das Bewusstsein von Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt nimmt zu. Obwohl es in den Niederlanden seit langem eine umfassende Antidiskriminierungsgesetzgebung gibt, hat die Regierung bislang wenig dafür getan, subtilere Diskriminierungsformen, die etwa auf dem Arbeitsmarkt existieren, zu bekämpfen.

### Einwanderung aus der EU

Die wachsende Zahl der Einwanderer aus den neuen EU-Mitgliedstaaten hat eine Reihe von Ängsten hervorgerufen. Es gibt Probleme bei der Unterbringung von Migranten, die saisonale oder niedrigqualifizierte Tätigkeiten verrichten. Diese Arbeiter leben häufig in überfüllten Unterkünften und werden durch ihre Vermieter und Arbeitgeber ausgebeutet. Die Kommunen versuchen, etwas gegen überfüllte Unterkünfte und die verantwortlichen Vermieter zu unternehmen. Die Arbeitsmarktbeteiligung der Einwanderer aus den neuen EU-Mitgliedstaaten ist sehr hoch. Dennoch sind viele Politiker besorgt darüber, dass mehr und mehr Personen einen Antrag auf Sozialhilfeleistungen stellen. Es gibt zwar nur wenige belastbare Daten, die darauf hindeuten, dass die Abhängigkeit von Sozialhilfeleistungen ein (strukturelles) Problem dieser Einwanderergruppe dar-

stellt. Angesichts der Erfahrungen mit den ›Gastarbeiter‹-Communities sind die Politiker jedoch besonders sensibel im Hinblick auf Probleme in diesem Bereich. Aktuell nimmt die Zahl osteuropäischer Personen, die einer Straftat bezichtigt werden, zu. Dies betrifft aber hauptsächlich Personen, die mit kriminellen Absichten in die Niederlande kommen, und weniger Arbeitsmigranten.<sup>57</sup> Schließlich gibt es Bedenken, dass EU-Staatsangehörige, die dauerhaft in den Niederlanden bleiben, ebenso wenig Niederländisch lernen werden wie Migranten, die in der Vergangenheit ins Land gekommen sind. Aufgrund der Freizügigkeitsrichtlinie können sie nicht dazu verpflichtet werden, einen Integrationstest abzulegen. Der Innenminister hat jedoch auf Anfragen aus dem Parlament angemerkt, dass im Jahr 2010 mehr als 4.000 polnische Einwanderer freiwillig an den staatsbürgerlichen Integrationsprogrammen teilgenommen haben.<sup>58</sup>

### Anmerkungen

<sup>1</sup> So führten beispielsweise Deutschland 2005 (*Integrationskurse*) und Frankreich 2007 (*contrat d'accueil et d'intégration*) ähnliche Programme ein.

<sup>2</sup> Große Diskussionen löste beispielsweise der Essay ›Das multikulturelle Drama‹ des Publizisten Paul Scheffer aus, der im Januar 2000 in der Zeitung NRC Handelsblad erschien. <http://vorige.nrc.nl/binnenland/article1572053.ece> (Zugriff: 18.9.2014).

<sup>3</sup> Hintergrundinformationen: Daten der Niederländischen Statistikbehörde (CBS); Religionen: Wissenschaftsrat für Regierungspolitik (WRR)

<sup>4</sup> Als *Allochthone* werden in den Niederlanden Personen mit mindestens einem im Ausland geborenen Elternteil bezeichnet. Der Begriff umschließt sowohl Ausländer als auch niederländische Staatsbürger. Vgl. den Abschnitt zur ›Einwandererbevölkerung‹.

- <sup>5</sup> Niederländische Statistiken unterscheiden zwischen ›westlichen‹ und ›nicht-westlichen‹ Einwanderern. Westliche Einwanderer kommen dabei aus Europa (ohne Türkei), Nordamerika, Ozeanien, Indonesien und Japan. Nicht-westliche Einwanderer kommen aus der Türkei, Afrika, Lateinamerika und dem übrigen Asien.
- <sup>6</sup> Anteil Beschäftigter und Erwerbsloser (15-65 Jahre) an der Gesamtzahl potentiell Erwerbstätiger.
- <sup>7</sup> Vgl. Lucassen/Penninx (1997).
- <sup>8</sup> Jennissen (2011).
- <sup>9</sup> Molukker sind eine der vielen verschiedenen Bevölkerungsgruppen Indonesiens. Sie leben vornehmlich auf den molukkischen Inseln in West-Indonesien. Molukkische Soldaten kämpften im indonesischen Unabhängigkeitskrieg auf Seiten der Niederlande, die ihnen einen eigenen unabhängigen Staat auf der Insel Ambon versprochen hatten. Da die siegreiche indonesische Regierung nicht gewillt war, einen solchen Staat zu schaffen, kamen 12.500 Molukker in die Niederlande, um dort auf die Einlösung des Versprechens zu warten. Bis heute gibt es keine Freie Molukkische Republik und die Molukker sind in den Niederlanden geblieben.
- <sup>10</sup> Der Begriff ›Familienzusammenführung‹ bezeichnet die Wiedervereinigung eines Zuwanderers mit seinen Kindern und seinem Ehepartner, die er bei der Einwanderung in die Niederlande im Herkunftsland zurücklassen musste. ›Familiengründung‹ hingegen bezeichnet die Zuwanderung aufgrund einer Heirat mit einem Einwohner der Niederlande.
- <sup>11</sup> Die Zahlen umfassen die erste und zweite Generation.
- <sup>12</sup> Mit Ausnahme von 1967 als das Öl-Embargo zu einem Stopp der Anwerbung führte.
- <sup>13</sup> Jennissen (2011).
- <sup>14</sup> Polen, Tschechische Republik, Slowakei, Slowenien, Estland, Lettland, Litauen, Ungarn.
- <sup>15</sup> Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Luxemburg, Österreich, Portugal, Schweden, Spanien und Vereinigtes Königreich.
- <sup>16</sup> Die beiden Länder sind der Europäischen Union 2007 beigetreten.
- <sup>17</sup> Im Juli 2014 waren dies (analog zum gesetzlichen Mindestlohn) € 17.942,40/Jahr, bzw. €16.148,16/Jahr für Alleinerziehende.
- <sup>18</sup> Chakroun vs Netherlands Ministry of Foreign Affairs, Case C578/08.
- <sup>19</sup> Näheres zu diesem Test (auf Englisch) siehe [www.naarnederland.nl](http://www.naarnederland.nl).
- <sup>20</sup> Vgl. u.a. Leerkes/Kulu-Glasgow (2012).
- <sup>21</sup> Jennissen (2011).
- <sup>22</sup> Vgl. Carol et al (2014).
- <sup>23</sup> 2014 betrug dieses Jahresmindesteinkommen €27.565,92. Für sonstige Hochqualifizierte beträgt es €38.465,28 für Personen unter 30 Jahren bzw. €52.462,08 für Personen über 30 Jahre.
- <sup>24</sup> Nähere Informationen hierzu finden sich auf Englisch unter: <https://ind.nl/EN/individuals/residence-wizard/work/orientation-year-highly-educated-persons/Pages/default.aspx>.
- <sup>25</sup> Ein Bericht des Wissenschaftlichen Rates für Regierungspolitik (WRR) zur Identifikation mit den Niederlanden empfahl 2007 den Begriff ›Allochthone‹ nicht mehr zu verwenden, da er die vermeintliche Nichtzugehörigkeit von Menschen mit einem Einwanderungshintergrund als ›nicht von hier‹ aufrecht erhalte. Das Niederländische Institut für Sozialforschung hat den Begriff aus seinen Veröffentlichungen entfernt. Er wird zwar weiter von Regierungsbehörden, Politikern und Journalisten benutzt, aber zunehmend durch den Terminus ›Migranten‹ abgelöst.
- <sup>26</sup> Von diesen 190 nationalen Gruppen in den Niederlanden haben 127 mindestens 100 Mitglieder und 88 mindestens 500.
- <sup>27</sup> Diese Angaben umfassen sowohl Menschen ohne niederländische als auch solche mit doppelter Staatsbürgerschaft.
- <sup>28</sup> CBS (2012): Jaarrapport integratie 2012.
- <sup>29</sup> Eine Ausnahme hiervon bildeten indonesischen Einwanderer, deren Aufenthalt auch von der Regierung als dauerhaft anerkannt wurde. Zu den Bemühungen, die Integration dieser Gruppe zu fördern, gehörten auch Sozialarbeiter, die die Familien bei der Eingliederung in die niederländische Gesellschaft unterstützten.
- <sup>30</sup> Die Niederlande haben ein komplexes Schulsystem. Es gibt sowohl öffentliche Schulen (*openbare scholen*), die vollständig vom Staat finanziert werden, als auch besondere Schulen (*bijzonderscholen*), die auf der Religionszugehörigkeit basieren. Letztere können neben der staatlichen Finanzierung auch zusätzliche Mittel von den Eltern erhalten. Darüber hinaus können sie Schüler aufgrund von ›unpassender‹ Religionszugehörigkeit abweisen. Die Freiheit von Bildung ist Teil der Verfassung (Absatz 23).
- <sup>31</sup> Eine Ausnahme ist Frits Bolkestein, Vorsitzender der rechtsliberalen Volkspartei für Freiheit und Demokratie (*Volkspartij voor Vrijheid en Democratie, VVD*), der seit den frühen 1990er Jahren Bedenken über die Vereinbarkeit des Islam mit der niederländischen Kultur äußerte.
- <sup>32</sup> Siehe auch Michalowski (2005).
- <sup>33</sup> Mehrere Parlamentsmitglieder wurden wegen Körperverletzungsdelikten beschuldigt oder verurteilt.
- <sup>34</sup> [www.nrc.nl/handelsblad/van/2012/december/15/veelbesproken-polenmeldpunt-van-pvv-sterft-een-zachte-1188965](http://www.nrc.nl/handelsblad/van/2012/december/15/veelbesproken-polenmeldpunt-van-pvv-sterft-een-zachte-1188965).
- <sup>35</sup> 1984 erklärte der verantwortliche Staatssekretär, dass weder die ›Identifikation mit dem niederländischen Volk und seiner Geschichte‹ noch die ›Aufgabe der eigenen Kultur und der Verbundenheit mit dem Herkunftsland‹ für die Einbürgerung notwendig sei (zitiert nach Heijs (1995), S. 193).
- <sup>36</sup> Die Einbürgerungsrate, auch Einbürgerungspotenzial genannt, ist definiert als die Zahl der Einbürgerungen geteilt durch die Zahl der Ausländer. Ausgenommen sind Personen, die die niederländische Staatsangehörigkeit per Option (z.B. zweite Generation oder Eheschließung) erwerben.
- <sup>37</sup> Siehe Michalowski (2011) für eine interessante Analyse der Inhalte des Tests.
- <sup>38</sup> SCP (2009): Jaarrapport Integratie 2009.
- <sup>39</sup> SCP (2013): Jaarrapport Integratie 2013.
- <sup>40</sup> SCP (2009): Jaarrapport Integratie 2009.
- <sup>41</sup> Andriessen/Nievers/Faulk/Dagevos (2010).
- <sup>42</sup> SCP (2013): Jaarrapport Integratie 2013.
- <sup>43</sup> Das weiterführende Bildungssystem der Niederlande teilt sich in unterschiedliche Zweige. Die Schüler werden basierend auf einem Test, den sie am Ende der Grundschulzeit im Alter von etwa 12 Jahren absolvieren, einem dieser Zweige zugeteilt. Es gibt drei Berufsausbildungszweige (*VMBO basis, kader* und *gemengd*), einen Bildungszweig, der eine Schnittstelle zwischen beruflicher und akademischer Bildung ist (*VMBO theoretische leerweg*) und zwei akademische Zweige, wobei HAVO (*hogere algemeen voortgezet onderwijs*) zur Aufnahme eines Studiums

an einer Fachhochschule führt und VWO (*voorbereidend wetenschappelijk onderwijs*) auf ein Studium an einer Universität zielt.

<sup>44</sup>CBS (2012): Jaarrapport Integratie 2012.

<sup>45</sup>SCP (2011): Jaarrapport Integratie 2011.

<sup>46</sup>Von ›racial profiling‹ spricht man, wenn eine Person allein aufgrund ihrer Ethnizität, Nationalität oder Religion für verdächtig gehalten wird und nicht aufgrund von eindeutigen Hinweisen auf ein kriminelles Verhalten.

<sup>47</sup>[www.prodemos.nl/Media/Files/Allochtonen-in-de-politiek](http://www.prodemos.nl/Media/Files/Allochtonen-in-de-politiek) (Zugriff: 23.9.2014).

<sup>48</sup>Heijden/Cruijff/Gils (2011).

<sup>49</sup>Heijden/Cruijff/Gils (2011).

<sup>50</sup>De Boom/Leerkes/Engbersen (2011).

<sup>51</sup>›Asylsuchende‹ sind Personen, die in den Niederlanden Asyl beantragen. Ist ihr Antrag erfolgreich, erhalten sie eine Aufenthaltsgenehmigung. ›Flüchtlinge‹ sind Personen, denen Asyl gewährt worden ist.

<sup>52</sup>Die Amnestie richtete sich sowohl an Personen, deren Asylantrag abgelehnt worden war, als auch an solche, die sich noch im Berufungsverfahren befanden.

<sup>53</sup>Huijnk/Dagevos (2012).

<sup>54</sup>Huijnk/Dagevos (2012).

<sup>55</sup>De Telegraaf (2014): Opportunisten – kabinet bestraft, 21. März.

<sup>56</sup>Huijnk/Dagevos (2012).

<sup>57</sup>Abschlussbericht der parlamentarischen Anfrage ›Lehren aus der jüngsten Arbeitsmigration‹ (*Parlementair onderzoek Lessen uit recente arbeidsmigratie*), TK 2011-2012, 32680 nr 4.

<sup>58</sup>TK 2011-2012, S. 257.

Ethnos: Incorporation Regimes in Germany, Western Europe and North America. New York: Palgrave Macmillan, S. 121-146.

• Gouda, F. (1995): Dutch Culture Overseas: Colonial Practice in the Netherlands Indies, 1900-1942. Amsterdam: Amsterdam University Press.

• Hagendoorn, L./Veenman, J./Vollebergh, W. (Hg.) (2003): Integrating Immigrants in the Netherlands: Cultural versus Socio-Economic Integration. Aldershot: Ashgate UK.

• Heijden, P. van der/Cruijff, M./Gils, G. van (2011): Schattingen illegaal in Nederland verblijvende vreemdelingen 2009. Utrecht: Universiteit Utrecht.

• Heijs, E. J. M. (1995): Van vreemdeling tot Nederlander: de verlening van het Nederlanderschap aan vreemdelingen (1813-1992). Amsterdam: Het Spinhuis.

• Huijnk, W./Dagevos, J. (2012): Dichter bij elkaar? De sociale culturele positie van niet-westerse migranten in Nederland. Den Haag: SCP.

• Jennissen, R.P.W. (Hg.) (2011): De Nederlandse migratiekaart. Achtergronden en ontwikkelingen van verschillende internationale migratietypen. WODC/CBS. Meppel: Boom Juridische uitgevers.

• Joppke, C. (2007): Do Obligatory Civic Integration Courses for Immigrants in Western Europe further Integration? focus Migration, Kurzdossier Nr. 8.

• Koopmans, R./Michalowski, I./Waibel, S. (2012): Citizenship Rights for Immigrants: National Political Processes and Cross-National Convergence in Western Europe, 1980–20081. American Journal of Sociology, Jg. 117, Nr. 4, S. 1202-1245.

• Koopmans, R./Statham, P./Giugni, M./Passy, F. (2005): Contested Citizenship: Immigration and Cultural Diversity in Europe. Minneapolis: University of Minnesota Press.

• Kullberg, J./Vervoort, M./Dagevos J. (2009): Goede buren kun je niet kopen. Over de woonconcentratie en woonpositie van niet-westerse allochtonen in Nederland. Den Haag: Sociaal Cultureel Planbureau.

• Leerkes, A./Kulu-Glasgow, I. (2011): Playing Hard(er) to Get-The State, International Couples, and the Income Requirement, European Journal of Migration & Law, Jg. 13, Nr. 1, S. 95.

• Leun, J. van der (2006): Excluding Illegal Migrants in The Netherlands: Between National Policies and Local Implementation. West European Politics, Jg. 29, Nr. 2, S. 310-326.

• Lucassen, J./Penninx, R. (1997): Newcomers. Immigrants and Their Descendants in the Netherlands 1550-1995. Amsterdam/Gouda: Het Spinhuis.

• Michalowski, I. (2005): What Is The Dutch Integration Model, And Has It Failed? focus Migration, Kurzdossier Nr. 1.

• Michalowski, I. (2007): Integration als Staatsprogramm. Deutschland, Frankreich und die Niederlande im Vergleich, Münster: Lit.

• Michalowski, I. (2011): Required to assimilate? The content of citizenship tests in five countries. Citizenship studies, Jg. 15, Nr. 6-7, S. 749-768.

• Ooijevaar, J./Sluiter N./Verschuren S. (2013): Immigranten en werknemers uit de European Unie in Nederland. Bevolkingstrends 2013. Den Haag: CBS.

## Literatur

- Andriessen, I./Nievers, E./Faulk, L./Dagevos, J. (2010): Liever Mark dan Mohammed? Discriminatie op de arbeidsmarkt. Den Haag: Sociaal en Cultureel Planbureau.
- Block, L./Bonjour, S. A. (2013): Fortress Europe or Europe of Rights? The Europeanisation of family migration policies in France, Germany and the Netherlands. European Journal of Migration and Law, Jg. 15, Nr. 2, S. 203.
- Brug, W. v. d. (2003): How the LPF Fuelled Discontent: Empirical Tests of Explanations of LPF Support. Acta Politica, Jg. 38, Nr. 1, S. 89-106.
- Carol, S./Ersanilli, E./Wagner, M. (2014): Spousal Choice among the Children of Turkish and Moroccan Immigrants in Six European Countries: Transnational Spouse or Co-ethnic Migrant? International Migration Review, Jg. 48, Nr. 2, S. 387–414.
- Dagevos, J./Euwals, R./Gijsberts, M./Roodenburg, H. (2006): Turken in Nederland en Duitsland. De arbeidsmarkt-positie vergeleken. Den Haag: SCP/CBS.
- De Boom, J./Leerkes, A./Engbersen, G. (2011): Illegale migranten. In: Jennissen, R.P.W. (Hg.): De Nederlandse migratiekaart. Achtergronden en ontwikkelingen van verschillende internationale migratietypen. WODC/CBS. Meppel: Boom Juridische uitgevers, S. 307-346.
- Entzinger, H. (2006): Changing the Rules While the Game is On: From Multiculturalism to Assimilation in the Netherlands. In: Bodemann, M./Yurdakul, G. (Hg.): Migration Citizenship,

- Prins, B. (2002): The Nerve to Break Taboos: New Realism in the Dutch Discourse on Multiculturalism. *Journal of International Migration and Integration*, Jg. 3, Nr. 3-4, S. 363-380.
- Rath, J. (1991): *Minorisering: de sociale constructie van 'etnische minderheden'*. Amsterdam.
- Sniderman, P. M./Hagendoorn, L. (2007): *When Ways of Life Collide*. Princeton: Princeton University Press.
- Thränhardt, D. (2000): Conflict, consensus, and Policy Outcomes: Immigration and Integration in Germany and The Netherlands. In: Koopmans, R./Statham, P. (Hg.): *Challenging Immigration and Ethnic Relations Politics*. Oxford: Oxford University Press. 162-186.
- van Oers, R./de Hart, B./Groenendijk, K. (2006): The Netherlands. In: Bauböck, R./Ersbøll, E./Groenendijk, K./Waldrauch, H. (Hg.): *Acquisition and Loss of Nationality Policies and Trends in 15 European States*. Amsterdam: Amsterdam University Press, S. 391-434. Abrufbar unter: [www.oopen.org/search?identifier=340146](http://www.oopen.org/search?identifier=340146)
- Vermeulen, H./Penninx, R. (Hg.) (2000): *Immigrant Integration. The Dutch Case*. Amsterdam: Het Spinhuis.
- Wetenschappelijke Raad voor het Regeringsbeleid (WRR) (2007): *Identificatie met Nederland*. Amsterdam University Press.
- Wetenschappelijke Raad voor het Regeringsbeleid (WRR) (2001): *Nederland als immigratiesamenleving*. Den Haag: Staatsuitgeverij.
- Wetenschappelijke Raad voor het Regeringsbeleid (WRR) (1989): *Minderhedenbeleid*. Den Haag: Staatsuitgeverij.

## Internetquellen

Centraal Bureau voor de Statistiek, CBS  
(Niederländische Statistikbehörde)  
[www.cbs.nl](http://www.cbs.nl)

Sociaal Cultureel Planbureau, SCP  
(Niederländisches Institut für Sozialforschung)  
[www.scp.nl](http://www.scp.nl)

Wetenschappelijke Raad voor het regeringsbeleid, WRR  
(Wissenschaftlicher Rat für Regierungspolitik)  
[www.wrr.nl](http://www.wrr.nl)

Die Autorin

**Dr. Evelyn Ersanilli** ist Dozentin am Fachbereich Migrationsstudien am Internationalen Migrationsinstitut (IMI) der Universität Oxford.

E-Mail: [evelyn.ersanilli@qeh.ox.ac.uk](mailto:evelyn.ersanilli@qeh.ox.ac.uk)

## IMPRESSUM

Herausgeber: Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS) der Universität Osnabrück, Neuer Graben 19/21, 49069 Osnabrück, Tel.: +49(0)541 969 4384, Fax: +49 (0)541 969 4380, E-Mail: [imis@uni-osnabrueck.de](mailto:imis@uni-osnabrueck.de)

Bundeszentrale für politische Bildung (bpb), Adenauerallee 86, 53113 Bonn,  
unter Mitwirkung des Netzwerks Migration in Europa e.V.

Redaktion: Dr. Marcel Berlinghoff, Vera Hanewinkel, Apl. Prof. Dr. Jochen Oltmer (verantw.)  
Übersetzung ins Deutsche: Dr. Marcel Berlinghoff, Vera Hanewinkel

Die Erstellung der Länderprofile (ISSN 1864-6220) und Kurzdossiers (ISSN 1864-5704) erfolgt in Kooperation der o.a. Partner. Der Inhalt der Länderprofile und Kurzdossiers gibt nicht unbedingt die Ansicht der Herausgeber wieder. Der Abdruck von Auszügen und Graphiken ist bei Nennung der Quelle erlaubt.

Weitere Online-Ressourcen: [www.bpb.de](http://www.bpb.de), [www.imis.uni-osnabrueck.de](http://www.imis.uni-osnabrueck.de), [www.migration-info.de](http://www.migration-info.de), [www.network-migration.org](http://www.network-migration.org)  
Unsere Länderprofile und Kurzdossiers sind online verfügbar unter: [www.bpb.de](http://www.bpb.de)